

## **DRINGLICHKEITSANTRAG**

des **Landtagsklubs FRITZ – Bürgerforum Tirol**

bzw. der Abgeordneten KO Dr. Andrea Haselwanter-Schneider und Mag. Isabella Gruber

betreffend:

### **Tirol zukunftsfit: Tiroler Olympiabewerbung für 2026 nicht ohne Volksbefragung!**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

#### **DRINGLICHKEITSANTRAG:**

Der Landtag wolle beschließen:

**„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Falle einer beabsichtigten Bewerbung für die Austragung der Olympischen Winterspiele 2026 in Tirol zwingend die Bevölkerung direkt auf dem Wege einer Volksbefragung in die Entscheidung miteinzubeziehen. Die Entscheidung der Bevölkerung soll als bindend akzeptiert werden.“**

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs 3 GeoLT dem **Ausschuss für Gesellschaft, Bildung, Kultur und Sport** zugewiesen werden.

## BEGRÜNDUNG:

***„Olympische Spiele sind für eine Stadt oder ein Land eines der finanziell riskantesten Projekte überhaupt.“<sup>1</sup>***

Tirols Olympiageschichte ist lang und abwechslungsreich.

Zweimal hat Tirol Olympische Winterspiele ausgetragen (1964 und 1976), zweimal votierte die Tiroler Bevölkerung mehrheitlich gegen eine Bewerbung (Volksbefragung 1993 betreffend eine Austragung 2002, 1997 betreffend eine Austragung 2006).

Ganz nach dem Motto *„Aller guten Dinge sind drei“* liebäugelt die Landesregierung nun mit einer Bewerbung für die Austragung der Olympischen Winterspiele 2026. Dazu hat sie eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Die Kosten dafür: knapp 350.000 Euro.

*„Aller guten Dinge sind drei“* ist auch in unseren Augen richtig, jedoch nicht bezogen auf die Austragung von Olympischen Winterspielen in Tirol, sondern in Bezug auf die Einbeziehung der Bevölkerung in diese Entscheidung. Nachdem bereits die letzten beiden Male die Tiroler Bevölkerung im Zuge einer Volksbefragung ihr „NEIN“ zu Olympischen Winterspielen in Tirol artikuliert hat, soll nun auch zum aktuellen, dritten Anlauf der Landesregierung die Bevölkerung direkt entscheiden können. **Eine bindende Volksbefragung zu den Bestrebungen der schwarz-grünen Landesregierung, Tirol für die Bewerbung um Olympische Spiele 2026 ins Rennen zu schicken, ist durchzuführen.** Das heißt, die Befragung ist nicht nur durchzuführen und maximal als Stimmungsbarometer zu werten, sondern die Entscheidung der Bevölkerung hat für die politisch Verantwortlichen bindend zu sein. Dies ist zu gewährleisten.

### **Volksbefragung**

#### **§ 43 des Gesetzes vom 4. Juli 1990 über Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen**

(2) Die Landesregierung hat über eine Angelegenheit, die in die Zuständigkeit des Landes fällt, eine Volksbefragung im gesamten Landesgebiet durchzuführen, wenn der Landtag dies beschließt oder wenigstens 7.500 zum Landtag Wahlberechtigte oder wenigstens 40 Gemeinden auf Grund von Gemeinderatsbeschlüssen dies verlangen.

Die Bevölkerung soll sich vorher ein objektives Bild über die Kosten, Herausforderungen und Folgen einer Bewerbung bzw. besonders einer Austragung von Olympischen Winterspielen in Tirol machen können.

Wie Bewerbungsbestrebungen bzw. von der Bevölkerung abgelehnte Bewerbungen in vielen vergleichbaren Städten und Regionen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten beweisen,

---

<sup>1</sup> Siehe *“Olympia ist ein riskantes Projekt“*, Die Südostschweiz, 14.2.2013; Siehe Pressedienst zur Olympia-Studie der Universität Oxford, 2012; In Englisch: *“For a city and nation to decide to put on the Olympic Games is to decide to take on one of the most financially risky types of megaprojects that exist.”*

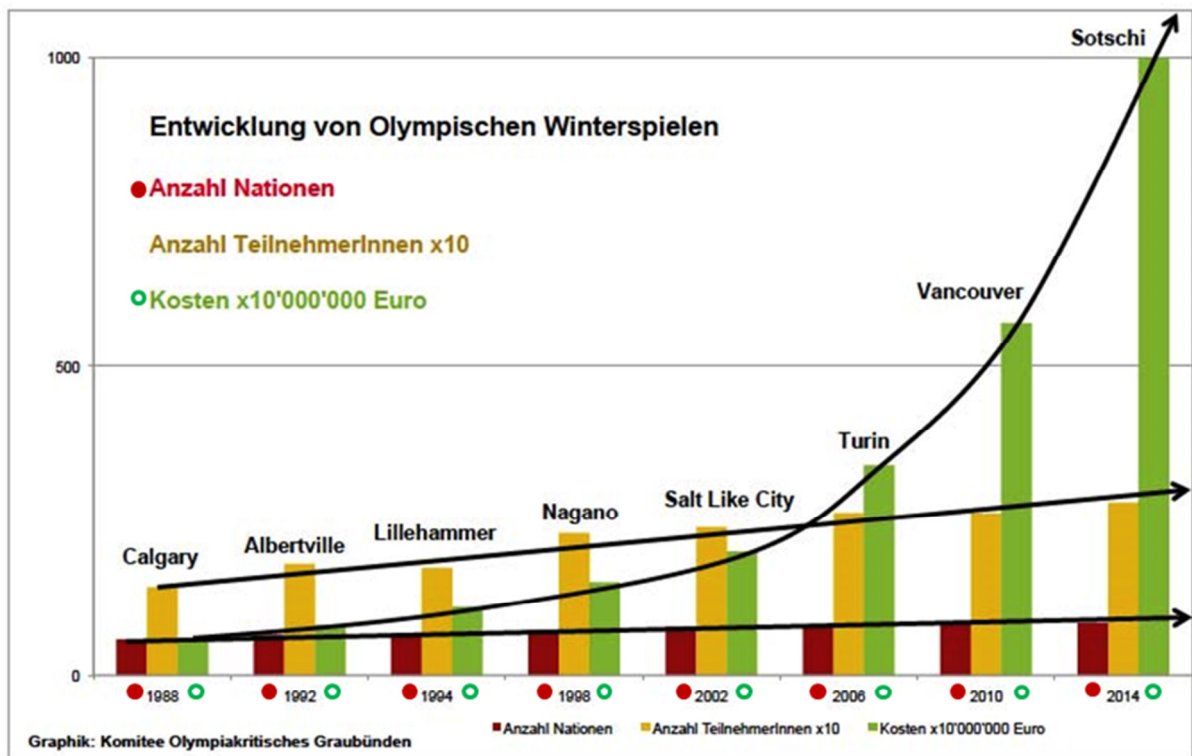
reagiert die Bevölkerung sehr sensibel auf Megaevents wie Olympische Spiele. Ein „Nein“ der Bevölkerung ist deshalb zu akzeptieren.

Stadt	Bewerbung	Rückzug
Denver	für 1976	Referendum: Bevölkerung spricht sich gegen die Verwendung von Steuergeld aus
Vancouver	für 1980	Bewerbung zurückgezogen (Regierungswechsel)
Bern	für 2010	Referendum: 80% gegen Bewerbung
Graubünden	für 2022	Referendum: 53% gegen Bewerbung
Barcelona	für 2022	„Freiwilliger“ Rückzug der Kandidatur, da Bedingungen noch nicht gegeben seien
München	für 2022	Referendum: München und Partnergemeinden gegen Bewerbung
Stockholm	für 2022	Regierung gegen Bewerbung: zu hohe Kosten
Krakau	für 2022	Referendum: 70% gegen Bewerbung
Lwiw	für 2022	Rückzug wegen angespannter politischer und wirtschaftlicher Lage
Oslo	für 2022	Regierung verweigert Staatsgarantien in Milliardenhöhe
Boston	für 2024	Regierung gegen Bewerbung, da kein Steuergeld fließen soll
Hamburg	für 2024	Referendum: 52% gegen Bewerbung
Rom	für 2024	Regierung gegen Bewerbung: zu hohe Kosten
Wien	für 2028	Referendum: 72% gegen Bewerbung

Darüber hinaus erhielten vier weitere österreichische Bewerbungen vom IOC (International Olympic Committee) keinen Zuschlag: Graz 2002, Klagenfurt 2006, Salzburg 2010, Salzburg 2014.

Hinter der Bewerbung bzw. Austragung von Olympischen Spielen steckt bei den politischen Entscheidungsträgern immer auch die Idee einer „*Brot-und-Spiele-Politik*“: Die Menschen bei Laune zu halten, um die vorherrschenden Probleme im Land zu verdrängen und zu vergessen. Derartige, ungelöste Probleme gibt es in Tirol genug: Die Einkommen sind in unserem Land laut Bericht des Rechnungshofes die niedrigsten in ganz Österreich, die Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 25.000 Tirolern ohne Job ist nach wie vor zu hoch, die Wohnkosten und Lebenshaltungskosten liegen – trotz der niedrigsten Einkommen – im österreichweiten Spitzenfeld. Diese Schere geht für immer mehr Tirolerinnen und Tiroler immer weiter auseinander, die notwendigen Sozialausgaben im Landesbudget steigen deshalb. Angesichts dieser brennenden Probleme in unserem Land stellt sich die Frage, ob Olympische Winterspiele in Tirol wirklich sinnvoll sind:

- Alleine die Ausgaben für die vergangenen Olympischen Winterspiele in Sotschi 2014 mit knapp 50 Milliarden Euro und die kolportiert nicht viel geringeren Kosten für die beiden nächsten Olympischen Spiele in Pyeongchang 2018 und Peking 2022 beweisen, dass Olympische Spiele heute Megaevents mit Megakosten sind.
- Die angekündigte Re-Dimensionierung der Olympischen Winterspiele mag gut klingen, ist aber nicht durchführbar, zumal die Anzahl der Bewerbe steigt, die Anzahl der Athleten steigt, die Anzahl der Medienvertreter steigt und damit letztlich die Kosten steigen.



Mag sein, dass die russischen Verhältnisse nicht die notwendigen Kosten widerspiegeln, die in Innsbruck und Tirol anfallen würden, aber es werden hohe Kosten bei vergleichsweise geringem Nutzen anfallen. Das zeigen die Beispiele vergleichbarer Städte und Regionen sowie die derzeit vorliegenden Zahlen eines interessierten Bewerbers in der Schweiz.

Allein die Bewerbungskosten des Tiroler Mitbewerbers Graubünden werden von den dortigen Betreibern mit 25 Millionen Schweizer Franken (ca. 23,3 Millionen Euro) beziffert. Ob diese Schätzung hält, wird sich zeigen. Für die dortige Machbarkeitsstudie waren jedenfalls 350.000 Franken veranschlagt, inzwischen haben die Betreiber 200.000 Franken zusätzlich gefordert und erhalten, womit dort für die Erarbeitung eines ersten Konzeptes für die Olympischen Spiele 2026 schon 550.000 Franken zu Buche schlagen. Für die Durchführung der Olympischen Spiele in Graubünden geht die dortige Regierung übrigens von Kosten in der Höhe von 1,65 Milliarden Franken (mehr als 1,5 Milliarden Euro) aus!

Zurück nach Innsbruck und Tirol. Nicht eingehaltene Budgets bei Großveranstaltungen sind keine Erfindung unserer Tage. Bereits die Olympischen Winterspiele 1976 verschlangen 189 Millionen Euro. Für damalige Verhältnisse ein stolzer Betrag, zumal damit die ursprünglichen Kalkulationen um das knapp 14-fache überschritten wurden! Und seither hat sich noch einmal einiges getan. Denn alleine die Bewerbung für die Austragung von Olympischen Winterspielen würde diesmal viele Millionen verschlingen. Hier müssen Innsbruck und Tirol wohl mit einer Größenordnung von weit mehr als den kolportierten 10 Millionen Euro rechnen.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> <https://wissen.consorsbank.de/t5/Blog/Was-kosten-Olympische-Spiele/ba-p/39517>, online am 23.01.2017

Egal, in welcher Form Sponsoren gefunden werden können, eines ist sicher, der Großteil der Kosten wird bei den Steuerzahlern hängen bleiben. Und daher müssen die Steuerzahler dazu befragt werden. Neben den Faktoren Kosten und Nachhaltigkeit spielen aber natürlich auch weitere Faktoren eine wichtige Rolle: Die Frage des wirtschaftlichen und touristischen Nutzens, die Frage der Nachnutzung, also die Frage, was der Bevölkerung von Olympischen Spielen langfristig bleibt, die Frage der Umweltproblematik, die Frage der Sicherheit und natürlich viele andere Punkte. Zuletzt natürlich auch die Frage der Glaubwürdigkeit der Veranstalter, denn das IOC steht aktuell nicht besonders gut da (vom gemeinnützigen Verein zum Großkonzern, Korruption etc). In Anbetracht der vergangenen Olympischen Spiele, die sich als reine Geldvernichtungsveranstaltungen entpuppt haben, wohl nicht zu unrecht.

Die **Dringlichkeit** ergibt sich, da in Kürze das Ergebnis der Machbarkeitsstudie vorliegen und sich auf Basis dieser Ergebnisse entscheiden soll, ob sich Innsbruck und Tirol für die Durchführung Olympischer Winterspiele 2026 bewerben wollen.

Innsbruck, am 26. Januar 2017